

Die Landwirte und Genossenschaften aus Japan und der Europäischen Union beziehen gemeinsamen Standpunkt zur WTO

Gemeinsame Erklärung von J A Zenchu und COPA/COGECA

Wir Spitzenverantwortliche der Landwirtschaft aus Japan und der Europäischen Union wünschen die Aufmerksamkeit der politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit auf die Gefahren zu lenken, die die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf die WTO-Verhandlungen im Landwirtschaftsbereich in sich bergen.

Wir unterstützen nachdrücklich Maßnahmen, mit denen die Einhaltung der gleichen klaren und transparenten Regeln für den Welthandel durch die beteiligten Länder sowie reibungslose Handelsströme gewährleistet werden können.

Wir befürchten jedoch, dass die neuen in der WTO auf den Tisch gelegten Handelsvorschläge es in keiner Weise erlauben werden sicherzustellen, dass den zentralen Anliegen der Bürger in der EU, Japan und vielen anderen Ländern entsprochen wird.

Die EU ist der weltweit größte Nahrungsmittelimporteur und Japan importiert 61% seines Bedarfs an Nahrungsmitteln. Bei den Verbrauchern in unseren Ländern kommt bereits zunehmende Sorge über diese gravierende Importabhängigkeit auf, die die Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit gefährdet.

Dabei würde der jetzt in der WTO zur Diskussion stehende Deal zu einer Einschränkung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Japan und der EU führen und die Verbraucher in noch stärkerem Maße in die Abhängigkeit von Importen bringen. Und er würde sie auch beachtlich stärker der zunehmenden Volatilität der Lebensmittelpreise auf den Weltmärkten aussetzen, mit der in den kommenden Jahren zu rechnen ist.

Wir erkennen durchaus an, dass die Öffnung der Märkte mit dazu beitragen kann, Wachstum und Beschäftigung weltweit zu fördern und Armut und Hunger insbesondere in Entwicklungsländern zu lindern. Vom Vorsitzenden der Landwirtschaftsverhandlungen wird aber jetzt eine Kürzung der Tarife um durchschnittlich 54% vorgeschlagen - mit Senkungen um bis zu 85% für bestimmte Produkte. Kürzungen dieses Ausmaßes sind überzogen und würden größten Schaden anrichten.

Schon alleine im Rindfleischsektor würde die EU-Produktion um nicht weniger als 800.000 Tonnen zurückgehen, was immerhin der gesamten Rindfleischproduktion in einem Land wie dem UK entspricht. Aber auch in Sektoren wie Schweinefleisch, Geflügelfleisch, Butter, Zucker, Eiern und Obst und Gemüse geriete die EU weit stärker in die Abhängigkeit von Importen.

Der Selbstversorgungsgrad Japans im Ernährungsbereich ist auf nur 39% abgesunken, was bei den Verbrauchern die Sorge auslöst, inwieweit überhaupt noch eine nachhaltige Nahrungsmittelversorgung gesichert werden kann. Zum anderen verlangt man von den Reiserzeugern, ein Drittel ihrer Rohreisfläche stillzulegen. Zur Hebung des

Selbstversorgungsgrads darf der Kapazität der japanischen Erzeuger, Grundnahrungsmittel zu liefern, nicht durch eine weitere Öffnung der Märkte Abbruch getan werden.

Auch die Produktion in den ärmeren Entwicklungsländern würde durch einen solchen WTO-Deal gefährdet. Wie sollen noch die Kleinbauern in diesen Ländern angesichts der laufend zunehmenden Konkurrenz einer grosstrukturierten Landwirtschaft und multinationaler Händler in Ländern wie Brasilien und den USA im Wettbewerb bestehen?

Im Ergebnis würden im Wesentlichen bloß mehr und mehr Länder der Welt für ihre Ernährung immer stärker in die Abhängigkeit von einigen wenigen Großagarexportländern geraten. Wie sollen noch die Regierungen ihren Verbrauchern unter diesen Umständen eine sichere und stabile Nahrungsmittelversorgung gewährleisten? Wie sollen sie ihre Verbraucher gegen die wachsende Volatilität der Lebensmittelweltmarktpreise, wie sie augenblicklich zu verzeichnen ist, abschirmen?

Neben der Versorgung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln unterhält die Landwirtschaft auch den Großteil der wertvollen Bodenressourcen der Welt, und sie ist weltweit von essentieller Bedeutung für die Vitalität und das Wohl ländlicher Gebiete. Landwirte können einfach nicht Nahrungsmittel so billig wie möglich produzieren. Wir müssen die Landwirte überall in der Welt antreiben, nachhaltig und in einer Weise zu produzieren, die zu größerem Wohlstand in ländlichen Gebieten beiträgt. Die aktuellen Vorschläge, über die jetzt in der WTO verhandelt wird, ignorieren nicht bloß diese umfassendere Rolle der Landwirtschaft. Vielmehr würde es Landwirten, die diese Ziele bereits erfüllen, bei diesen Vorschlägen nicht mehr möglich sein, im Wettbewerb mithalten und so ihre Tätigkeit fortzuführen.

Wir rufen die Bürger aus aller Welt auf, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen und ein faires und gerechtes Ergebnis in der WTO zu fordern, das nachstehenden Prioritäten Rechnung trägt:

- Recht für alle Länder, die Ernährungssicherheit durch Aufrechterhaltung einer angemessenen einheimischen Produktion zu gewährleisten.
- Recht für alle Länder, den nicht handelsbezogenen Anliegen ihrer Bürger - einschließlich der Lebensmittelsicherheit, des Umweltschutzes und der Landgemeinschaften - gerecht zu werden.
- Besondere und differenzierte Behandlung der Entwicklungsländer, damit sie in der Lage sind, den Bedürfnissen ressourcenschwacher und anfälliger Kleinbauern zu begegnen.

Um dies zu erreichen, machen wir die folgenden spezifischen Vorschläge:

- Es bedarf einer Ausgewogenheit in den Anstrengungen der einzelnen WTO-Mitglieder qua interne Stützung, Exportwettbewerb und Marktzugang
- Es sollte keine länderspezifischen Ausnahmeregelungen in Bezug auf die interne Stützung geben
- Es ist eine parallele Behandlung sämtlicher Formen der Exportstützung geboten, einschließlich der Beseitigung monopolartiger Machtstellungen von Exporteuren.
- Es bedarf verstärkter Regeln zum Schutz geographischer Angaben.

- Tarifikürzungen müssen weit unter denjenigen zu liegen kommen, die vom Vorsitzenden der Landwirtschaftsverhandlungen vorgeschlagen werden - dergestalt, dass sich darin die Position aller WTO-Mitglieder und nicht einzig und allein Positionen der Hauptagrarexporteure widerspiegeln.
 - Jedes Land muss berechtigt sein, selbst eine angemessene Anzahl von sensiblen Produkten jeweils auf Basis der Gesamtzahl von landwirtschaftlichen Tariflinien auszuweisen. Es muss ihnen auch die Flexibilität geboten werden, sensible Produkte in mehrere Produktkategorien zu unterteilen und spezifische Zollkontingente binnen einer gegebenen Produktkategorie aufzustellen.
 - Spezialprodukte für Entwicklungsländer sollten ihren wahren Entwicklungszielen der Ernährungssicherheit, der ländlichen Entwicklung und der Existenzsicherung für ihre Landgemeinschaften gerecht werden.
 - Eine Oberbegrenzung der Tarife ist nicht akzeptabel.
 - Die Sonderschutzklauseln müssen sowohl für Entwicklungsländer als auch für entwickelte Länder erhalten bleiben.
 - Die Länder sollten in der Lage sein, nach wie vor spezifische wie auch *ad valorem* Zölle zur Anwendung zu bringen.
-